

Rede des Generalsekretärs Wladislaw Gombulka, Erster Sekretär des ZK der
PVAP, auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des
Warschauer Vertrages

Gentlemen!

Der Warschauer Vertrag wurde vor fast 10 Jahren in diesem Saal ins Leben gerufen. Er entstand als Antwort auf die Eingliederung Westdeutschlands in den Atlantikpakt. Die Aufgabe, die wir uns stellten, als wir diesen Vertrag abschlossen, bestand, allgemein gesagt, darin, der amerikanischen "Politik der Stärke" entgegenzuwirken, deren militärisches Hauptinstrument der Atlantikpakt war und deren wichtigster Kern in Europa die Deutsche Bundesrepublik wurde. Dieser Pakt verdankt der westdeutsche Imperialismus seine Wiedergeburt und seine Entwicklung und mit dieser Politik verknüpft er alle seine revisionistischen und expansionistischen Bestrebungen. Der westdeutsche Imperialismus ist seiner Natur nach der ergebenste und zuverlässigste Verbündete des amerikanischen Imperialismus.

Die "Politik der Stärke" entstand als ein System, das der Welt die Hegemonie der Vereinigten Staaten aufzwang. Sie strebte gleichzeitig danach, das sozialistische System aufzuhalten, zurückzudrängen und zu zerstören, das Kolonialsystem am Leben zu erhalten; wie auch dazu, daß die Vereinigten Staaten allmählich das Erbe der alten Kolonialmächte antreten und die amerikanische Hegemonie in Europa antizipieren und festigen konnten.

Im Verlauf der vergangenen zehn Jahre geriet dieses System der "Politik der Stärke" in das Stadium einer tiefen Krise. Diese Krise erlebte auch der Atlantikpakt selbst.

Das war die unvermeidliche Entwicklung der Ereignisse, denn die "Politik der Stärke" widerspricht den wesentlichsten Prozessen unserer Epoche: dem Aufwachen der Kräfte des Sozialismus, dem Prozeß des Zerfalls des Kolonialsystems, dem Prozeß des Anwachsens der massenhaften Widersprüche im Schöße des Imperialismus und schließlich dem an Stärke zunehmenden Kampf der Massen und Völker für den Frieden und die Beseitigung der Gefahr einer Kernwaffenkatastrophe.

Die entscheidende Rolle bei der Beschleunigung all dieser Prozesse, die die Fundamente der "Politik der Stärke" untergraben, spielte das sozialistische Lager, das Anwachsen seiner Stärke und insbesondere der militärischen Macht der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten sowie ihre Politik der friedlichen Koexistenz. Auf dieser Basis erfüllte und erfüllt der Warschauer Vertrag seine wichtigen Aufgaben.

Der amerikanische Imperialismus gab jedoch seine Ziele nicht auf und verzichtete bei weitem noch nicht auf die "Politik der Stärke". Ein anschauliches Beispiel dafür ist die seit Jahren andauernde militärische Intervention in Indochina, die Politik der Einmischung, der Diversion, der Blockade und der Provokationen gegenüber Kuba sowie der Kolonialfeldzug im Kongo.

Die größte Sorge des amerikanischen Imperialismus ist heute das Problem der Zusammenschweißung der vom Zerfall bedrohten Banken der imperialistischen Welt unter seiner Vorherrschaft, das Problem der Überwindung der Krise des Atlantikpaktes, die Festigung der amerikanischen Hegemonie in Westeuropa als Instrument und Hauptkraft, die gegen das sozialistische Lager gerichtet ist.

Auf dieser Basis wurde die Konzeption der kollektiven Atomstreitkräfte des atlantischen Bündnisses geboren. Wie bekannt, wurden im Westen zwei solche Konzeptionen aufgestellt: der amerikanisch-westdeutsche Plan der Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht und der britische Vorschlag der atlantischen Atomstreitkräfte.

Die erste Konzeption, die auf die Aufrechterhaltung der dominierenden Rolle der USA abzielt, sollte gleichzeitig die Rolle des Faktors spielen, der die Geschlossenheit des westlichen Bündnisses wiederherstellt, in dem der Hauptpartner der Vereinigten Staaten jene Kräfte in Europa wären, die unmittelbar an der Aufrechterhaltung des Kurses der Kernwaffenaufrüstung interessiert sind. Dieser Sachverhalt zeugt davon, daß die Hauptverfechter der von den USA propagierten Idee der Kernwaffenintegration im Atlantikpakt gerade die militaristischen Bonner Kreise waren.

Der Besuch des Bonner Verteidigungsministers von Bassel in Washington im Dezember vorigen Jahres zeigke nochmals, wie sehr es die Vereinigten Staaten für zweckmäßig erachten, sich bei der Verwirklichung dieser ihrer Pläne vor allem auf die Deutsche Bundesrepublik zu stützen. Im Ergebnis dieses Besuchs trat eine weitere

Festigung der bilateralen Militärpartnerschaft der USA und der Bundesrepublik etc. und wurden gemeinsame Abmachungen in bezug auf die Strategie und Taktik getroffen. Die Pläne des Stabes der Bundeswehr, Massentransportmittel an der Grenze der beiden deutschen Staaten als Ausdruck der Strategie der sogenannten "vorgeschobenen Position" zu konvertieren, fand die Billigung der Vereinigten Staaten.

Die durch die Vereinigten Staaten vorgeschlagene Konzeption der multilateralen Atomstreitmacht, einer Konzeption, die deutlich die Bundesrepublik favorisierte, rief Vorbehalte, ja sogar den Widerstand von seiten der übrigen Partner des Atlantikpaktes hervor. Gegen diese Konzeption wandte Frankreich auf, während Kanada, Belgien sowie die skandinavischen Länder eine Beteiligung an dieser multilateralen Atomstreitmacht ablehnten. Kürzlich verkündete auch die Türkei ihren Abschied von der Frage ihrer Soldaten aus der gemischten Besatzung des amerikanischen Mesopotamien ab, der die Rolle des Keimes der künftigen multilateralen Atomstreitmacht des Atlantikpaktes spielt.

Als Antwort entstand die kritische Konzeption der atlantischen Atomstreitmacht.

Grundzüge dieser Konzeption bilden zweifellos verschiedene Vorbehalte. Der Großmacht ist bekanntlich ein unermäßiges Anwachsen der Rolle Nordatlantikas, das auf seine Kosten eintreten würde, denn Großbritanniens Rolle im Europa nicht aufgegeben. In atlantischen Bündnis der USA zu Paris und der Vereinigten Staaten einzunehmen. Die Lösung der Probleme zwischen den Interessen seines Empires im Auge. Unvergleichlich in Asien, was seinen deutlichen Ausdruck in der aktiven Rolle der britischen im Gebiet Malaysia durchgeführt wurde. Eine nicht geringe Rolle spielen auch ökonomische Faktoren, die es Großbritannien ermöglichen, mit den Großmächten in der Kernwaffenrüstung Schritt zu halten.

Die Überwindung der britischen Konzeption verzögerte zweifellos die Realisierung der Pläne der kollektiven Atomstreitmacht. Das Hindernis war nicht so sehr die Tatsache, daß die atlantischen Atomstreitmacht die gleichen Funktionen erfüllen würden, wie sie die multilaterale Atomstreitmacht erfüllen soll, die von den Vereinigten Staaten und der Deutschen Bundesrepublik vorgeschlagen wurde. Es wäre sogar noch schlimmer, denn dieser Plan würde auf eine Art verwirklicht werden, der den Vordräng des Westens gegen die amerikanisch-westdeutsche Konzeption der NLF neutralisiert, insbesondere den Widerstand der skandinavischen Länder und Belgiens.

Nicht unwichtig ist auch die Tatsache, daß die britische Konzeption bestimmte Chancen für die Schwächung des Widerstandes von Seiten Frankreichs bietet. Diesem Ziel dient das "Offenlassen der Tür" für eine Beteiligung an den kollektiven Atomstreitkräften, bzw. für die Koordinierung der französischen Militärstrategie mit der der atlantischen Streitkräfte.

Der britische Plan der kollektiven Atomstreitkräfte versucht, die Befürchtungen vor einer selbständigen westdeutschen Atomaufrüstung zu zerstreuen, indem er der Welt einen Vertrag zwischen den Staaten des Atlantikpaktes vorschlägt, auf Grund dessen die Staaten dieses Paktes, die keine Kernwaffen besitzen, also auch die Bundesrepublik, auf die Produktion und den Erwerb dieser Waffen verzichten. Eine einseitige Garantie also. Die Geschichte wiederholt sich. Als die Deutsche Bundesrepublik in den Atlantikpakt aufgenommen wurde, verpflichtete sie sich ebenfalls zur Einhaltung vieler formalen Regeln beim Aufbau ihrer bewaffneten Streitkräfte. Es sind nur wenige Jahre vergangen, und diese Beschränkungen wurden mit Zustimmung der Verbündeten bereits sechsmal gebrochen.

Am 8. Mai 1958 wurde der Deutschen Bundesrepublik gestattet, Panzerabwehrraketen zu bauen. Am 16. Oktober des gleichen Jahres wurde der Bau eines Schulschiffes mit 4800 bis 5000 BRT gestattet. Am 21. Oktober 1959 wurde die Genehmigung zur Produktion von geleiteten Geschossen "Erde-Luft" und "Luft-Luft", die zur Luftabwehr dienen, erteilt. Am 17. Mai 1961 wurde die Produktion von magnetischen Torpeden, von 8 Zerstörern bis zu 6000 BRT, die mit taktischen Waffen ausgerüstet und die für den Seekrieg bestimmt sind, und weiter der Bau eines Schulschiffes mit 4800 bis 5000 BRT sowie zündender Minenschiffe bis zu 6000 BRT gestattet. Am 19. Oktober 1962 wurde der Deutschen Bundesrepublik der Bau von U-Booten bis zu 450 t bis zum 30. Oktober der Bau von U-Booten bis zu 1000 t gestattet.

Es wäre naiv, in einer Situation, die für die westdeutschen Militaristen noch günstiger wäre als in den vergangenen Jahren, in einer Situation, in der ihr Beitrag zu kollektiven Atomstreitkräften und die Widersprüche innerhalb der Verbündeten einen viel größeren Erfolg bei der beschleunigten Durchsetzung ihrer Forderungen eröffnen, an neue einseitige Garantien des Atlantikpaktes zu glauben.

Wie sind daher diese beiden Projekte einzuschätzen?

Es gibt keinen Zweifel, daß kollektive Atomstreitkräfte des Westens, ganz gleich, welche Formen und welchen Rahmen sie annehmen, ein und dieselben Funktionen zu erfüllen hätten:

Erstens würden diese Kräfte zu einem bedeutenden Faktor werden, der zur Zusammenschließung Westeuropas unter der Führung der Vereinigten Staaten beitragen würde, und zwar nicht nur auf militärisches Gebiet, sondern auch mit ernststen Folgen auf politischem und ökonomischen Gebiet.

Zweitens würden sie, ungeachtet der Wünsche dieser oder jener Partner des Atlantikpaktes, einen bedeutenden und ständig wachsenden Einfluß der Deutschen Bundesrepublik auf die Kernwaffenstrategien des Westens bedingen und mußten dadurch zu einer Veränderung des Kräfteverhältnisses innerhalb des Westens zugunsten der Deutschen Bundesrepublik beitragen.

Drittens würde die Schaffung kollektiver Atomstreitkräfte des Atlantikpaktes, gleich in welcher Form, in der weiteren Perspektive zur selbständigen Kernwaffenaufrüstung der Deutschen Bundesrepublik führen.

Die Absichten der Deutschen Bundesrepublik lassen in dieser Beziehung keine Zweifel zu.

Das ist die unveränderliche politische Linie der Deutschen Bundesrepublik. Westdeutschland will nicht darauf verzichten, künftig über eigene Kernkraft zu verfügen, und betrachtet sowohl die multilateralen als auch die atlantischen Atomstreitkräfte oder irgendwelche anderen Kollektivpläne, die sich eventuell noch zeigen könnten, als vorgezeichnetes Mittel, das zu diesem Ziele führt.

Das ist die Gefahr, die mit dieser oder jener Form der kollektiven Atomstreitkräfte des Westens verbunden ist. Das sehen nicht nur wir, das befrachten auch einige Mitglieder des Atlantikpaktes.

Die Bonner Regierung fordert die Schaffung multilateraler Atomstreitkräfte und stellt gleichzeitig das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands zur Diskussion, das heißt, die Liquidierung der Deutschen Demokratischen Republik, wobei sie gerade in dieser Beziehung einen Druck auf die Westmächte ausübt. Gleichzeitig beginnen einige Bonner Politiker erneut, Andeutungen zu machen über irgendwelche Teilregelungen des Grenzproblems und der Fragen, die mit der europäischen Sicherheit zusammenhängen. Das alles wird von

Forderungen nach der Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen begleitet. Es gibt kaum einen sichtbarerem Ausdruck von politischer Heuchelei.

Was unseren Standpunkt zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands betrifft, den wir wiederholt zum Ausdruck brachten, so sind wir der Meinung, daß diese im Ergebnis eines langandauernden historischen Prozesses, in einer Atmosphäre der internationalen Entspannung und gestützt auf die Anerkennung der Existenz zweier souveräner deutscher Staaten, die endgültige Anerkennung der bestehenden deutschen Grenzen und durch den Verzicht beider deutscher Staaten auf Kernwaffen erfolgen kann. Ein solches Programm wird seit langer von der Deutschen Demokratischen Republik vorgeschlagen und genießt unsere volle Unterstützung. Die Deutsche Demokratische Republik zeigt auch den konkreten Weg, der zu diesem Ziele führt. Es ist dies die allmähliche Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten.

Heute stehen vor den Staaten des Warschauer Vertrages eigentlich genau die gleichen Aufgaben, die sie zur Bildung dieses Vertrages veranlaßten: die "Politik der Stärke" zu paralysieren und den Ausbau der westdeutschen Militärmaschinerie entgegenzuwirken.

Wir arbeiten gegenwärtig unter weit günstigeren Bedingungen. Die Einwirkungskraft des sozialistischen Lagers ist heute bedeutend stärker als vor 10 Jahren. Seit dieser Zeit sind die antikolonialistischen und antiimperialistischen Kräfte in Asien, Afrika und Lateinamerika beträchtlich gewachsen, jene Kräfte, die unsere Verbündeten gegen den Imperialismus sind. Es festigten sich die Kräfte, die nach der Unabhängigkeit Westeuropas von der amerikanischen Hegemonie streben. Es wächst der Widerstand gegen die besondere Rolle der Deutschen Bundesrepublik und gegen ihre Bemühungen, die führende Position im westlichen Bündnis einzunehmen.

Wir müssen in unserer diplomatischen und propagandistischen Tätigkeit mit aller Deutlichkeit die Gefahr aufzeigen, die die kollektiven Atomstreitkräfte des Atlantikpakt in beliebiger Form darstellen, ihre Gefahr für den Frieden, für die Unabhängigkeit der Völker der dritten Welt, für das Streben nach größerer Selbständigkeit vieler Länder und Kreise in Westeuropa, für alle, die sich über den immer stärker werdenden Einfluß der Deutschen Bundesrepublik innerhalb des Westens und die Festigung der Position der expansionistischen Kräfte in der Bundesrepublik beunruhigt sind.

Die Schaffung kollektiver Streitkräfte des Atlantikpaktos würde unvermeidlich einen neuen, gefährlichen Schritt in der seit Jahren bekannten Politik des Westens in bezug auf die Deutschlandfrage und in bezug auf die Politik der Unterstützung und Aufrüstung des westdeutschen Imperialismus, die Nichtanerkennung der Deutschen Demokratischen Republik, das Ignorieren ihrer souveränen Rechte, das Ausüben vor der Anerkennung des endgültigen Charakters der Ostgrenzen Deutschlands bedeuten. Es ist eine Politik, die den Frieden in Europa und der ganzen Welt bedroht.

In dieser Situation müssen die Staaten des Warschauer Vertrages eine entschlossene Haltung einnehmen.

Wichtig ist, daß den Regierungen der westlichen Länder und der Weltöffentlichkeit begreiflich gemacht wird:

daß die Staaten des Warschauer Vertrages in Beantwortung der wachsenden Gefahr nicht untätig bleiben;

daß die Politik des Westens in der Konsequenz eine Verschärfung der internationalen Situation und eine Intensivierung des Wettlaufes bedeutet;

daß die Frage eines Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen gegenstandslos würde und die Perspektiven eines Fortschritts zu den Abrüstungsverhandlungen in weite Ferne rücken, daß die Versuche der Minderung der internationalen Spannung auf neue, noch ernstere Schwierigkeiten stoßen würden als je zuvor.

Wichtig ist, daß sich der Westen bewußt wird, daß seine Politik, die auf die Schwächung und Untergrabung der Positionen der Deutschen Demokratischen Republik abzielt, auf unseren entschlossenen Widerstand stößt. Die weitere Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Sicherheit sind Lebensfragen, die uns alle betreffen.

Die "Politik der Störke" stellt auch für die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas eine ernste Gefahr dar, denn sie galvanisiert die Kräfte des alten Kolonialismus und verstärkt die Kräfte des Neokolonialismus. Zum Arsenal dieser Politik gehören Kolonialfeldzüge, die Politik der Herrenbesatzung und bewaffnete Interventionen. Der Kampf gegen die Pläne der kollektiven Atomstreitkräfte des Westens ist ein zentraler wesentlicher Element des Kampfes, der der Festigung der Unabhängigkeit, des Fortschritts und der weiteren Entwicklung aller Völker dient.

Im Kampf gegen die Versuche, kollektive Atomstreitkräfte des Atlantikpakt in dieser oder jener Form zu schaffen, müssen wir unsere Anstrengungen im Interesse der friedlichen Entwicklung der Situation in Europa verdoppeln, müssen wir unsere bisherigen Bemühungen in dieser Richtung bereichern und sie in einem Programm zusammenfassen, das die Unterstützung breiter Kreise finden würde, die sich den Absichten des Imperialismus entgegenstellen.

Deshalb sind wir der Ansicht, daß wir der imperialistischen Konzeption einseitiger militärischer Schritte und trügerischer sogenannter "Garantien" die Konzeption der kollektiven Sicherheit und der kollektiven Garantien entgegenstellen müssen.

Die bisherigen Initiativen der sozialistischen Staaten können bereits als Grundlage für einen umfassenden Plan der Verwirklichung dieser Idee der kollektiven Sicherheit in Europa dienen.

Ich möchte zumindest die wichtigsten von ihnen nennen, wie zum Beispiel den Vorschlag über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den beiden sich gegenüberstehenden Militärgruppierungen, den Vorschlag der Einfrierung der Kernwaffen in Mitteleuropa, die Schaffung atomwaffenfreier Zonen in beiden deutschen Staaten sowie die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, die Beseitigung ausländischer Streitkräfte und eventuell auch der nationalen Streitkräfte in diesem Gebiet, einschließlich des Abzugs fremder Truppenkontingente sowie die Beseitigung ihrer Stützpunkte.

Der Vorschlag des Genossen Ulbricht, daß der Abschluß des Beschlusses fassen sollte, vor der Forum der Vollversammlung der UN den Entwurf eines Vertrages über das Verbot der Verbreitung von Kernwaffen vorzutragen, eines Vertrages, der die Möglichkeit der Aufrüstung Westdeutschlands mit Kernwaffen in irgendeiner Form ausschließen und die Interessen der sozialistischen Länder sichern würde, ist richtig und wird von uns voll und ganz unterstützt.

Unabhängig davon bitten wir die Genossen zu entscheiden, ob es nicht zweckmäßig wäre, im Rahmen des Planes für den Aufbau eines Systems der Sicherheit in Europa, und zwar in einer möglichst frühen Phase, die Frage des Verbots der Verbreitung von Kernwaffen in Europa zu stellen, der die europäischen Staaten zusammen mit den interessierten Atommächten zustimmen könnten. Uns scheint, daß eine solche Initiative die breiteste Unterstützung finden würde. Der Widerstand gegen einen solchen Vorschlag würde die tatsächlichen Atommächte

gänzlich entlarven, die nach der Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen streben. Gleichzeitig würden wir damit der amerikanischen und englischen Propaganda, die beteuert, daß multilaterale oder atlantische Atomstreitkräfte das einzige Mittel sind, um die eigene Atomaufrüstung Westdeutschlands aufzuhalten, jeden Anschein der Glaubhaftigkeit nehmen.

Die kollektive Sicherheit in Europa kann sich nicht nur auf teilweise Abrüstungsvorschläge beschränken. Wir dürfen in unseren Anstrengungen zugunsten der Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und des endgültigen Charakters der gegenwärtigen Grenzen Deutschlands nicht nachlassen.

Es scheint, daß es zweckmäßig wäre, auch über den Vorschlag nachzudenken, der den Handelsaustausch und die Beseitigung der verschiedenen Formen der Diskriminierung in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten betrifft.

Ich denke, daß man auf der Grundlage der bisherigen Tätigkeit unserer Staaten und unseres Lagers zum Wohle des Friedens und auf der Grundlage der gegenwärtigen Diskussion des Politischen Beratenden Ausschusses in kürzester Zeit ein Programm von Mitteln ausarbeiten könnte, das gewissermaßen allmählich, etappenweise die kollektive Sicherheit in Europa gewährleistet.

Es drängt sich ebenfalls das Problem auf, in welcher Form die diplomatische und propagandistische Tätigkeit im Interesse eines Programms des Aufbaus der europäischen Sicherheit zu entfalten wäre.

Polen unterbreitete zum Beispiel in dieser Beziehung den Vorschlag, eine Konferenz der europäischen Staaten unter Beteiligung der Vereinigten Staaten einzuberufen, deren Streitkräfte im Westen unseres Kontinentes stationiert und mit Kernwaffen ausgerüstet sind. Diese Idee rief das Interesse breiter Kreise der Öffentlichkeit in Westen hervor, und bisher erachtete es keine der Regierungen des Atlantikpaktes für vorteilhaft, offen gegen diesen Vorschlag aufzutreten.

Die auf Grund unseres Vorschlages vorgesehenen vorbereitenden Verhandlungen könnten die verschiedensten Formen haben und Ansporn sein zum aktiven Kampf gegen die kollektiven Atomstreitkräfte der atlantischen Mächte; zur Vertiefung der bestehenden Widersprüche im Westen; zur Entlarvung der wirklichen Absichten der verschiedenen

imperialistischen Staaten, insbesondere der Deutschen Bundesrepublik sowie zum Zusammenschluß immer breiterer Kreise unter der Losung der kollektiven Sicherheit in Europa und könnten die Angelegenheit allmählich vorwärts bringen.

Ich glaube, daß es - unabhängig davon, ob diese Idee der Berufung einer Konferenz zu Fragen der europäischen Sicherheit angenommen wird - unsere Aufgabe ist, eine breite diplomatische und propagandistische Offensive für ein positives Programm der Beendigung der Situation in Europa im Geiste der Sicherheit und des Friedens zu entfalten.

Diese Aktion muß systematisch abgestimmt werden. Im Zusammenhang damit ist der durch Genossen Ulbricht unterbreitete Vorschlag, daß der Ausschuß einen Beschluß über systematische Konsultationen der Außenminister der Staaten des Warschauer Vertrages faßt, wichtig. Er kommt unseren Ansichten entgegen und - wie uns bekannt ist - ebenfalls den Ansichten einiger anderer Staaten des Warschauer Vertrages. Gleichzeitig könnten wir den Außenministern empfehlen, im Rahmen dieser Konsultationen ein Programm von Mitteln zu prüfen und zu erarbeiten, das auf die Gewährleistung der europäischen Sicherheit gerichtet ist und Vorschläge in bezug auf die Koordinierung der Anstrengungen unserer Staaten im Kampf gegen die Pläne zur Schaffung kollektiver Atomstreitkräfte der imperialistischen Staaten und im Kampf für die kollektive Sicherheit und den Schutz der Interessen unseres Lagers enthält.

Abschließend möchte ich nochmals zu der entscheidenden Frage zurückkehren. Gegenstand unserer Beratungen sind heute hauptsächlich europäische Angelegenheiten, aber diese sind eng mit der Frage des Sozialismus und des Friedens in der ganzen Welt verflochten. Die Festigung des Imperialismus, nach der die Autoren der verschiedenen Pläne der multilateralen oder atlantischen Atomstreitkräfte streben, würde eine Gefährdung der Interessen unseres ganzen Lagers, aller Kräfte des Friedens, der Unabhängigkeit der Völker und der Fortschritts bedeuten. Gleichzeitig bedeutet die Gefährdung irgendeines sozialistischen Staates, gleich auf welchem Kontinent, ebenfalls die Gefährdung der Interessen aller unserer Staaten. Ungeachtet der bestehenden Unterschiede sind die Lebensinteressen aller Länder unseres sozialistischen Lagers die gleichen, und deshalb muß auch unser Kampf ein gemeinsamer sein, denn die Einheit gegenüber dem Imperialismus bildet die grundlegende Garantie für den Sieg unserer gemeinsamen Sache.